



Aaron Valent
Mitglied des Deutschen Bundestages

Agnes Conrad
Mitglied des Deutschen Bundestages

An die Präsidentin des Deutschen Bundestages
Frau Julia Klöckner, MdB
praesidentin@bundestag.de

An den Direktor des Deutschen Bundestages
Herr Staatssekretär Paul Göttke
direktor@bundestag.de

Berlin, 17.06.2025

Bezug:
Anlagen:

Aaron Valent, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Dorotheenstr. 93
Raum: 240
Telefon: +49 30 227-70808
aaron.valent@bundestag.de

Entscheidung gegen Teilnahme am Berliner CSD – ein politisches und moralisches Versagen

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
sehr geehrter Herr Direktor,

am vergangenen Sonntag wurde eine öffentliche Veranstaltung unter dem Titel „Fest für Demokratie und Vielfalt“ im brandenburgischen **Bad Freienwalde** von einer Gruppe verummter, gewaltbereiter Täter überfallen. Mehrere Menschen wurden verletzt – der Staatsschutz ermittelt wegen eines politisch motivierten Angriffs.

Diese Eskalation ist leider kein Einzelfall, sondern Ausdruck einer besorgniserregenden Entwicklung: Queerfeindlichkeit, Hass und Einschüchterung treten zunehmend offen und gewalttätig auf.

Vor diesem Hintergrund – und ausgerechnet in dieser hochbedrohlichen Lage – entscheidet sich die Bundestagsspitze, **nicht** am Berliner Christopher Street Day teilzunehmen. Diese Entscheidung ist nicht einfach nur bedauerlich. Sie ist ein **politisches und moralisches Versagen auf ganzer Linie**.

Sie streichen damit die vielleicht sichtbarste Form parlamentarischer Solidarität mit der queeren Community – und das in einer Zeit, in der Hetze, Einschüchterung und Gewalt gegen queere Menschen rasant zunehmen. Sie verlassen den Raum der Verantwortung, während dieser sich füllt mit Hass.



Es geht hier **nicht** um Symbolik. Es geht um Haltung. Und es geht um die klare Frage, **ob dieses Parlament noch bereit ist, für die Werte einzustehen, auf denen diese Demokratie beruht** – oder ob es sich aus Angst vor „falscher Wahrnehmung“ oder populistischen Vorwürfen leise zurückzieht.

Dass Sie Ihre Entscheidung offenbar mit „politischer Neutralität“ rechtfertigen, ist besonders perfide. Denn: **Menschenrechte sind niemals parteiisch. Wer sie verteidigt, ist nicht parteipolitisch – sondern schlicht anständig.** Wenn das höchste demokratische Organ nicht einmal mehr bereit ist, öffentlich für gleiche Rechte und körperliche Unversehrtheit einzustehen, dann droht der Verlust seines moralischen Rückgrats.

Frau Klöckner, unter Ihrer Präsidentschaft vollzieht der Bundestag einen gefährlichen Wandel: weg von gelebter Verantwortung, hin zu taktischem Wegsehen. Der Verzicht auf Teilnahme am CSD ist nicht neutral – er ist ein politisches Statement. Und es ist das falsche.

Wir protestieren mit aller Schärfe gegen diese Entscheidung. Sie ist feige, verantwortungslos und inakzeptabel.

Wir fordern Sie auf, Haltung zu zeigen – und sich Ihrer Funktion als oberste Repräsentantin des Bundestages endlich würdig zu erweisen. Jetzt ist nicht die Zeit für Rückzug. Jetzt ist die Zeit, Flagge zu zeigen.

Mit entschlossenem Nachdruck und kollegialem Gruß

Aaron Valent, MdB

Agnes Conrad, MdB

Sarah Vollath, MdB

Maik Brückner, MdB